

Redebeitrag von Thérèse Fiedler in der BV vom 25. März 2021 zur Aktuellen Stunde „Demokratie in Zeiten der Pandemie“

Sehr geehrte Bezirksamtsleiterin,
sehr geehrte Bezirksversammlung,
liebe Öffentlichkeit,

Demokratie in Zeiten der Pandemie – schwieriger und wichtiger denn je.

Wir – wir hier jedenfalls in Europa – befinden uns in einer für unsere Generation beispiellosen Zeit. Man muss an dieser Stelle darauf hinweisen, dass derartige Krisen auf der Welt durchaus normal sind. Nur haben sie uns bisher nicht direkt betroffen.

Für viele mag das überraschend kommen – für die Wissenschaft war es nur eine Frage der Zeit, wann wir eine Pandemie erleben. Es war Zeit genug für die Politik vorhanden, sich darauf vorzubereiten. Doch war anscheinend die Bedrohung der durch die Wissenschaft vorhergesagten Szenarien nicht real genug, um zu handeln und sich darauf einzustellen. Die Vorbereitungen dazu – vergleichbar mit der existenziellen Frage zur globalen Klimaerwärmung – hätten wohl zu viele Einschnitte erfordert, die nicht populär gewesen wären – so nehme ich es an. Nur so kann ich es mir erklären, dass weder bei der Frage der Globalen Erwärmung noch bei einer Pandemievorbereitung frühzeitig gehandelt wurde. Und dann stelle ich mir die Frage, warum es unpopulär sein soll, warum es Einschnitte sein sollen, sich einem durch den Lebensstil der Menschen ändernden Klima entgegenzustellen, um somit die Grundlage unserer Existenz – die Erde – zu retten. Und ich frage mich, warum es unpopulär sein soll, das Gesundheitssystem, die Pflege, die soziale Absicherung so zu gestalten, dass Menschen keine Angst vor sozialem Absturz haben müssen, keine Angst haben müssen, ihre Wohnung, ihr Geschäft, ihren Job in einer Krise zu verlieren. Warum soll es unpopulär sein, den Pflegebereich aktiv mit zusätzlichen 100.000 Kräften auszustatten, die Eingliederungshilfe so

attraktiv zu machen, dass Menschen mit Behinderung mit den Fachkräften versorgt werden können, die sie benötigen? Warum soll es unpopulär sein, die Behörden und die Gerichte mit so viel Personal auszustatten, dass die Bearbeitung und die Rechtsverfolgung nicht Monate oder Jahre dauert und ein System zu etablieren, das auch und gerade in der Krise funktioniert?

Ich sage es Ihnen – es hätte Geld gekostet. Politiker:innen hätten Geld in die Hand nehmen müssen, um die öffentliche Daseinsvorsorge krisenfest zu gestalten. Das wäre wohl aus Sicht der Politiker:innen nicht populär gewesen. Die öffentliche Daseinsvorsorge hatte dafür keine Lobby zu der Zeit, wo noch hätte gehandelt werden können – wo noch vorbereitet hätte werden können – Umbauprozesse brauchen Zeit und Geld. Beides war reichlich vorhanden. Und die Politiker:innen, die gewählten Vertreter:innen des Volkes, hätten reagieren müssen.

Und nun ist es zu spät?

Wieder wird jetzt nicht auf die Wissenschaft gehört. Der Forschungsstand ist keine Meinung! Sie ist eine Hilfe, auf die man als Politiker:in hören sollte und danach handeln sollte!

Aber die Maßnahmen, die seit einem Jahr gegen die Pandemie ergriffen werden, zeugen von einer Hilflosigkeit ob der verpassten Vorbereitungen in der Vergangenheit, die seines gleichen suchen.

Es ist ein unfassbares Durcheinander, was derzeit von Politiker:innen in ganz Deutschland zu verantworten ist.

Keine Klarheit, keine Sicherheit, kein Plan.

Eine Teststrategie hätte letztes Jahr im Sommer fertig sein **müssen**.

Eine Impfstrategie hätte letztes Jahr im Herbst fertig sein **sollen**.

Das exponentielle Wachstum einer Viruspandemie hätte Politiker:innen immer die Angst vor Öffnungen bereiten sollen.

Und dass sowohl die Vorbereitung auf eine Pandemie nicht vorgenommen wurden als auch jetzt keine klaren Entscheidungen getroffen werden, bedroht die Demokratie in massivster Art und Weise.

Haben die Menschen doch Vertreter:innen gewählt, die ihre Interessen vertreten und die Geschicke des Landes zum Wohle der Menschen lenken sollen.

Das derzeitige Handeln aber zeigt, dass die Interessen der Menschen nicht im Vordergrund standen. Dass der soziale Frieden nicht im Vordergrund stand. Dass die soziale Absicherung nicht im Vordergrund stand.

Wozu also Menschen die Verantwortung der Gesellschaft in die Hand geben, wenn diese sie nicht wahrnehmen.

Korruptionsskandale offenbaren, von welchen Interessen stattdessen sich Politiker:innen in Verantwortung haben leiten lassen.

Die derzeitige Lage erzeugt ein massiven Vertrauensverlust in demokratische Strukturen.

Es ist unsere Aufgabe, die Lehren aus dieser Krise zu ziehen und alles zu ändern.

Die Menschen müssen wieder im Vordergrund stehen.

Absolute Transparenz bei jeglichem staatlichen Handeln, Erklärungen, warum welche Entscheidung zum Wohle aller getroffen wird.

Das Vertrauen in die Politik und die Demokratie ist wiederherzustellen.

Dafür ist es nie zu spät!